

zeugt werden, daß er im Gegensatz zu der immer offensichtlicher werdenden Machtlosigkeit des Wählers in Westdeutschland bei uns mit seiner Stimmenabgabe für die Kandidaten der Nationalen Front tatsächlich Einfluß auf die Staatsmacht, auf die Zusammensetzung ihrer beschließenden und vollziehenden Organe nimmt. Jeder Bürger muß begreifen, daß er, im Gegensatz zum Wähler in Westdeutschland, der keinerlei Einfluß auf die Kandidatenvorschläge der um seine Gunst buhlenden Parteien hat, bei uns das Recht und die Möglichkeit hat, dafür zu sorgen, daß nur solche Menschen auf den Wahllisten kandidieren, die seines Vertrauens würdig sind, die die Interessen der Werktätigen vertreten, deren Tätigkeit seiner Kontrolle untersteht und die ihn, und nicht wie in Westdeutschland, nun ihrem oft sehr dehnbaren „Gewissen“ rechenschaftspflichtig sind.

Der westdeutsche Wähler ist von einer solchen Einflußnahme grundsätzlich ausgeschlossen. In Westdeutschland gehört es bereits zur schlechten parlamentarischen Tradition, Abgeordnete und ganze Parteien zu kaufen und zu korrumpieren. So gab zum Beispiel auf einer sozialdemokratischen Versammlung in München der SPD-Landessekretär von Bayern, Heinz Göhler, bekannt, daß nach dem Muster der westdeutschen Industriellenverbände auch der „Wirtschaftspolitische Verein des Groß- und Einzelhandels e. V.“ zur Vorbereitung der Bundestagswahlen 1957 einen Fonds zur Unterstützung der Adenauer-Regierung gebildet hat. Nach dem Vorbild der Finanzierung Hitlers wird von diesem Verein zugunsten dieses Fonds von seinen Mitgliedern ein Abgabesatz in Höhe von 50 bis 80 Pfennigen je 1000 DM Umsatz erhoben. In einem Rundschreiben dieser Organisation an seine Mitglieder heißt es:

„Im Jahre 1957 finden die Wahlen zum 3. Bundestag statt. Daß deren Ausgang für unser persönliches Leben, unsere heutige staatliche Ordnung und damit für die Fortführung des bisherigen Kurses von ausschlaggebender Bedeutung ist, bedarf keiner weiteren Erläuterung.“

Die Notwendigkeit der Unterstützung des „bisherigen Kurses“ ergibt sich für diese Herren aus der Tatsache, daß der jetzige Bundestag der Unternehmerschaft „stets eine verständnisvolle Haltung“ entgegengebracht hat. Mit jedem Liter Milch, den eine Mutter für ihr Kind kauft, mit jedem Kilo Gemüse, das die Hausfrau auf den Tisch bringt, finanziert sie also gleichzeitig diejenigen Kräfte, die bereit sind, das Leben der Kinder, den Frieden der Familie in einer Atomwolke zu vernichten.

Diese Kräfte, die die Gelder für ihre Wahlvorbereitungen aus den Werktätigen herauspressen, und nicht die Wähler bestimmen, wer in den westdeutschen Parlamenten Sitz und Stimme haben soll. So ist es kein Wunder, daß die auf diese Weise zustande kommenden westdeutschen Parlamente, seien es der Bundestag, die Landtage oder die Stadt- und Gemeindeparlamente, in ihrer Mehrheit nicht den Willen des Volkes repräsentieren und Entscheidungen fällen, die den Interessen der breiten Massen zuwiderlaufen.

Um der „Gefahr“ zu begegnen, daß sich eine in ihrer Mehrheit fortschrittlich eingestellte Gemeindevertretung der reaktionären Regierungspolitik widersetzt, hat man in Westdeutschland die Funktion der Oberstadtdirektoren, Stadt- und Gemeindedirektoren geschaffen. Das ist eine mit der ganzen Vollzugsgewalt der reaktionären Staatsmacht ausgestattete Beamtenfunktion, die nicht dem Stadt- oder Gemeindeparlament, sondern dem Innenminister gegenüber